

Der Vorsitzende verwies auf die Beratungen in der vorangegangenen Sitzung des Ausschusses für Planung und Verkehr am 15.05.2023. Zur weiteren Beratung in den Fraktionen wurden den Ausschussmitgliedern u.a. konkretisierende Hinweise zur Wirkungsmessung im ländlichen Raum übersandt. Darüber hinaus sollte auch geklärt werden, ob einzelne Kommunen im Rhein-Sieg-Kreis auch bei Ausscheiden des Rhein-Sieg-Kreises aus dem Projekt dennoch weiter hieran teilnehmen könnten.

Herr Hahlen antwortete, dass auch für einzelne Kommunen die Möglichkeit bestehe, weiter am Projekt teilzunehmen. Die Finanzierung obliege dann jedoch den teilnehmenden Kommunen.

KTM Krauß bedanke sich für die ausführliche Vorlage. Das Projekt war seinerzeit mit der Hoffnung verbunden, die Zusammenarbeit mit der Bundestadt Bonn zu stärken, die Verkehrswende voranzutreiben und sowohl Unternehmen als auch Mitarbeitenden ein Angebot für einen Umstieg auf den ÖPNV zu machen. Dies habe sich im urbanen Raum erfolgreich gezeigt. Dagegen zeigten sich für den suburbanen und ländlichen Raum einige Fragen. Unter Verweis auf Anhang 1 der Vorlage sei festzustellen, dass gerade im ländlichen Raum kein Handlungsdruck der Unternehmen hinsichtlich der Erreichbarkeit von Arbeitsplätzen gegeben sei. Dieser bestehe in erster Linie nur im urbanen Raum, so dass für das gesamte Gebiet des Rhein-Sieg-Kreises nicht der erforderliche Nutzen als ausgeschöpft angesehen werde. Insofern könne einer Aufhebung des Sperrvermerks im Haushalt 2024 nicht zugestimmt werden.

KTM Dr. Kuhlmann erklärte, dass seine Fraktion von Anbeginn kritisch gegenüber JOBWÄRTS gestanden habe, da es zu teuer und der Mehrwert für einen ländlich geprägten Raum wie den Rhein-Sieg-Kreis als gering erachtet werde. Zudem werde der Arbeitgeberanteil an den Kosten als zu niedrig erachtet. Die FDP-Fraktion sei nach Durchsicht und Beratung der zur Verfügung gestellten Unterlagen nicht von JOBWÄRTS überzeugt, da es einen geringen Wirkungskreis für den Rhein-Sieg-Kreis entfalte. Es werde daher weder einer Verlängerung des Projektes noch einer Aufhebung des Sperrvermerks zugestimmt.

KTM Waldästel verwies auf das gemeinsame Ziel mit der Bundestadt Bonn in der Verkehrswende voranzukommen. Seinerzeit habe man das Vorgehen der Bundestadt beim Ausstieg aus der Radregion Rheinland ohne vorherige Aussprache stark kritisiert. Nunmehr gehe man mit der Beibehaltung des Sperrvermerks in gleicher Weise vor. JOBWÄRTS sei ein gemeinsames Projekt mit dem Partner Bundestadt Bonn, dass im Rhein-Sieg-Kreis nicht überall die gleiche positive Wirkung zeige. Es sei nicht richtig, den urbanen Raum im Kreis wegen zu geringer Wirkung des

Projekts im ländlichen Raum zu benachteiligen und sich aus der Solidarfinanzierung zu verabschieden und so den betroffenen Kommunen die Finanzierung des Projektes selbst aufzubürden. Wenn eine gemeinsame Mobilitätspolitik in der Region Ziel sei, so könne auch nur gemeinsam mit Bonn die Beendigung des Projektes beschlossen werden. Gleiches gelte für die Solidarfinanzierung des ÖPNV im Kreisgebiet.

KTM Becker schloss sich den Ausführungen von KTM Krauß und KTM Dr. Kuhlmann an. Ein Nutzen des Projektes sei für den überwiegend ländlich geprägten Rhein-Sieg-Kreis nicht feststellbar. Bereits in den vorangegangenen HH-Beratungen habe im Hinblick auf die hohen Kosten von rund 450 Tsd. Euro und angesichts des Nutzens die Frage im Raum gestanden, ob dies weiter betrieben werden solle. Seinerzeit habe man in Folge des Vorpreschens der Bundesstadt Bonn, den Verbleib im Projekt nur beschlossen, wenn – angesichts der hohen Kosten – zukünftig deutlich höhere Effekte für den ländlichen Raum entstehen würden. Vor diesem Hintergrund sei auch der Sperrvermerk in den Haushalt aufgenommen worden, um die Entwicklung in 2023 abzuwarten. Ein deutlich meßbarer Nutzen für den ländlichen Raum könne jedoch nicht festgestellt werden. Die nunmehr zu treffende Entscheidung sei daher für die Projektpartner berechenbar gewesen. Er stellte klar, dass man nicht unvermittelt aus der Gemeinschaft mit der Bundestadt Bonn austrete.

Der Vorsitzende ergänzte, dass man mit den Kolleginnen und Kollegen der Bundesstadt Bonn gesprochen habe, die in Folge des geringeren Nutzens für den Kreis Verständnis für die Haltung des Rhein-Sieg-Kreises gezeigt hätten. Das Projekt wolle man in Bonn weiter fortführen.

KTM Becker schlug aus den vorangegangenen Ausführungen vor, den im Haushalt 2024 bestehenden Sperrvermerk beizubehalten.

Der Ausschuss stellte mehrheitlich fest, dass das Konzept von JOBWÄRTS für den suburbanen und ländlichen Raum im Rhein-Sieg-Kreis im Verhältnis zum Aufwand zu keinen überzeugenden Erfolgen geführt habe. Im Anschluss an die mehrheitlich negativ verlaufende Aussprache zum Verbleib im Projekt JOBWÄRTS fasste der Ausschuss sodann folgenden Beschluss: